

Anhang 182.6 zum Text 182.0

Vom Verrat der Demokratie und Ökonomie

von den Linken, den Mittigen und den Rechten,
die alle glauben, das politisch Richtige zu erkennen und zu tun

Tristan Abromeit

Ende 2025

000

Bundeszentrale für politische Bildung

Zerstörung der Demokratie 1930-1933

23.12.2011

von

Reinhard Sturm

Auszug und Link

00000

Inflation und Deflation zerstören die Demokratie

von

Gerhard Ziemer

1971

Auszüge

Buchbesprechung von

Helmut R. Külz

DIE ZEIT 26. Mai 1972

Zerstörung der Demokratie 1930-1933

23.12.2011 / 38 Minuten zu lesen

von Reinhard Sturm

Wirtschaftskrise

Am 24. Oktober 1929 begann ein dramatischer Verfall der Aktienkurse an der New Yorker Börse ("Schwarzer Freitag"). Ursache waren jahrelange Überinvestitionen in der Industrie und damit ein Überangebot an Waren, mit dem die Nachfrage nicht Schritt gehalten hatte. Binnen kurzem weitete sich die amerikanische Krise aufgrund der internationalen Finanz- und Wirtschaftsverflechtungen zur größten Krise der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert aus. Sie hat die Errichtung der NS-Diktatur 1933 keineswegs verursacht, aber doch mit ermöglicht und beschleunigt.

Das Deutsche Reich war, nach den USA, am stärksten von der Krise betroffen. Trotz eines sich schon 1928 ankündigenden Nachfragerückgangs hatte die Industrie auch 1929 noch investiert. Dadurch entstanden Überkapazitäten, zumal bald alle Industrieländer die bereits bestehenden Zollschränken im Zuge der Krise erhöhten. Das Überangebot an Waren führte zu einer Produktionsdrosselung; Kurzarbeit und Entlassungen sowie Firmenzusammenbrüche waren die Folge. Von 1928 bis 1931 verdoppelte sich die Zahl der jährlichen Konkurse. Im Winter 1929/30 gab es bereits mehr als drei Millionen Arbeitslose, die materiell weitaus schlechter abgesichert waren als heute. Es entstand ein Teufelskreis aus sich verringender Kaufkraft, zurückgehender Nachfrage, sinkender Produktion und weiteren Entlassungen. In der Landwirtschaft konnten viele kleine und mittlere Bauern ihre Schulden nicht mehr abbezahlen. Es kam zu Zwangsversteigerungen, gegen die sich ein verzweifelter bäuerlicher Protest formierte. Schon 1929 trat die schleswig-holsteinische "Landvolkbewegung" durch tätliche Angriffe auf Gerichtsvollzieher und Polizisten sowie durch Bombenattentate auf staatliche Gebäude in Erscheinung.

Der Börsencrash läutet das Ende der Weimarer Republik ein. 1928 noch eine Splitterpartei, wandelt sich die NSDAP unter der Führung Adolf Hitlers zur Massenbewegung, die 1933 die Macht in Deutschland übernimmt und fortan jede demokratische Grundlage vernichtet. ...

Weiterlesen unter:

<https://www.bpb.de/themen/erster-weltkrieg-weimar/weimarer-republik/275841/zerstoerung-der-demokratie-1930-1933/>

Zum Verfasser

Reinhard Sturm, geboren 1950, studierte von 1971 bis 1978 Geschichte, Politikwissenschaft und Anglistik an der Georg-August-Universität Göttingen. 1973/74 war er ein Jahr als German Assistant an einer Schule in England tätig. Nach dem Vorbereitungsdienst 1978 bis 1980 in Salzgitter arbeitete er als Gymnasiallehrer bis 1990 in Göttingen, seither in Hildesheim. Seit 1990 bildet er als Studiendirektor und Fachleiter für Geschichte am Studienseminar Hildesheim für das Lehramt an Gymnasien angehende Geschichtslehrer/innen aus.

Er hat wissenschaftliche und didaktische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Weimarer Republik, zum Nationalsozialismus und zur deutschen Nachkriegsgeschichte sowie zur Geschichtsdidaktik veröffentlicht.

00000

TA: Erzählte und geschriebene Geschichte ist immer eine gestaltete Geschichte, so hörte ich vor einiger Zeit eine Historikerin sprechen. Das liegt nicht nur daran, dass immer mehr oder weniger die jeweilige Politik Anforderungen an die Geschichtsschreiber stellen und ihre Ergebnisse positiv oder negativ belohnen, sondern daran, dass die Historikerinnen und Historiker auch als Gruppe die Wirklichkeit der Geschehensabläufe nicht voll erfassen können. Das gilt besonders, wenn das Geschehen besonders weit zurückliegt, die Hintergründe nicht allgemein bekannt sind und der Wertekanon der Schreiber oder Auftraggeber berührt wird.

Mir fehlen im vorhergehenden von der BpB vermittelten Beitrag: a) Die Wertung des währungspolitischen Hintergrundes für den Ersten Weltkrieg; b) die Wirkungen des verlorenen Krieges, nicht nur die Forderungen und Verfügungen – wie Landabtretungen – durch die Sieger¹; c) die Zerstörung der gesellschaftlich-sozialen Struktur durch die Inflation, und das Überstülpen der Bürger – die

1 „Von allem Anfang an wurde in Polen wie im Reich der Verdacht geäußert, es habe sich bei der künstlichen Abtrennung Ostpreußens durch den Korridor und bei der Schaffung der «freien» und doch von Polen abhängigen Stadt Danzig um die versteckte Absicht gehandelt, auf die Dauer einen friedlichen Ausgleich zwischen Polen und dem Deutschen Reich unmöglich zu machen. Warnende Stimmen, die sich in diesem Sinn äußerten, verstummten nie: schon 1919 erklärte in der finnischen Kammer Marcel Sembat, «daß Danzig den Keim zu einem neuen Krieg in sich trage. » „Quelle: Carl J. Burckhardt / Meine Danziger Mission 1937 – 1939, Seite 24 (Kommissar des Völkerbundes)

in einer monarchischen Regierungsform sozialisiert wurden – durch eine kleine Minderheit mit der Regierungsform der Demokratie, die nicht von einer Mehrheit der Bürger erarbeitet oder erkämpft wurde und d) das heute nicht mehr zu verleugnende Versagen der demokratischen Politiker und der meisten Wirtschaftswissenschaftler. Nicht nur in der Zeit der Weimarer Republik seine Wirkungen zeigte.

Die reinen Historiker sehen diese währungspolitischen Probleme meistens nicht oder nicht mit einer genügend klaren Schärfe. Ich greife hier einmal mehr auf das Buch von **Gerhard Ziemer** zurück. Der Titel lautet: ***Inflation und Deflation zerstören die Demokratie***, 1971.

Inhaltsangabe

Vorwort	7		
Die Geldseite und die Güterseite der Wirtschaft - Inflation und Deflation	9	Die Deflationspolitik der Regierung Brüning	120
Geldumlauf und Arbeitsteilung	11	Einstellung der Parteien und der öffentlichen Meinung zu Brünings Deflationspolitik	
Die gestoppte Inflation vor der Währungsreform	13	– Die Ohnmacht der Reformer –	142
Die Rolle des Geldes in der kommunistischen Wirtschaft	19	Wirtschaftliche und menschliche Probleme der Arbeitslosigkeit	167
Ein Kapitel Währungsgeschichte	26	Die Überwindung der Krise in Deutschland und in den USA durch das Programm der Reformer	176
Probleme der Geldentwertung in der Gegenwart	43	Behandlung der Deflationskrise in den politischen Memoiren	185
Die Zerstörung der Weimarer Republik durch die Währungskrisen	53	Brünings »Memoiren 1918–1934«	196
Übersicht und Fragen	55	Äußerungen heutiger Historiker über die Weimarer Wirtschaftskrisen	213
Die Inflationsjahre	63	Schlußfolgerungen	223
Bewertung der Inflation in den politischen Memoiren	82	Statistischer Teil	233
Die Stabilisierung der Währung - Zwischenjahre -	87	Personenregister	255
Der Einfluß der Inflation auf die späteren Irrtümer	96		
Entstehung und Ausmaß der Weltwirtschaftskrise	105		
Die besondere Lage Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise	110		

Bei Ziemer heißt es in seinen Schlussfolgerungen:

Schlußfolgerungen

Die Zitate aus den Büchern deutscher Historiker zeigen, daß es in der Beurteilung der Weimarer Wirtschaftskrisen und ihrer politischen Folgen zwar eine Annäherung an eine mittlere Linie, aber doch keine Übereinstimmung gibt. Gründe und Folgerungen, die auf verschiedenen Ebenen liegen, werden unterschiedlich zusammengestellt. Diese Widersprüchlichkeit reicht bis in die großen Tageszeitungen hinein, wo der rezensierende Historiker bisweilen das Gegenteil von dem schreibt, was der Wirtschaftsredakteur derselben Zeitung ständig als richtig vertritt. Das Buch von Treviranus über Brüning gibt dafür ein Beispiel. In der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 20. September 1968 wird Treviranus von Kurt Pentzlin dafür gelobt, daß er Brüning nunmehr auch als »Hungerkanzler« gerechtfertigt habe, die gegenteilige »Brüning-Legende« sei damit zerstört. In der »Zeit« vom 17. Januar 1969 und im »Industrie-Kurier« vom 3. April 1969 stellen Karl Dietrich Erdmann und Wilhelm Grotkopp die Sache richtig. Erdmann, der noch die falschen Inflationsängste Brünings als nicht ganz abwegig ansieht, mit Vorsicht, Grotkopp, der zu den Reformern der dreißiger Jahre gehörte, mit Klarheit und Eindeutigkeit.

Man kann fragen, ob es die Mühe lohnt, die voneinander abweichenden Ansichten der deutschen Historiker über die Wirtschaftskrisen der Weimarer Zeit beeinflussen zu wollen, da die Wirtschaftswissenschaftler, unsere Bundesbank und die für den Wirtschaftskurs ihrer Parteien verantwortlichen Politiker der Gegenwart ein sicheres Wissen über Konjunkturen und über das Instrumentarium der Krisenbekämpfung haben². Das ist richtig, wenn auch die Kenntnisse in Konjunktur- und Währungsfragen immer noch auf kleine Kreise beschränkt sind und Erörterungen über Gold, Stabilität, Wechselkurse, schleichende und angeblich bald galoppierende Inflationen auch in den Reihen der sonst Gebildeten oft seltsam unkundige Gedankengänge

223

auslösen. Wie schwankend die breite Öffentlichkeit mit ihrer Presse in Deutschland reagiert, wurde deutlich, als de Gaulle die Wieder-Inthronisierung des Goldes verlangte. Erst die Stellungnahme der Bundesbank, die den französischen Vorschlag mit Recht ablehnte, klärte endgültig die Richtung unserer Pressekommentare. So mag auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht die Auseinandersetzung mit den Weimarer Krisen von Nutzen sein.

Wichtiger ist aber etwas anderes. Wir haben in Deutschland den Wunsch, nach

2 TA: Daran kann man mit Bezug auf 1971 – dem Erscheinungsjahr des Buches – und heute – 2025 – zweifeln.

allem, was geschehen ist, der Umwelt und unseren eigenen nachfolgenden Generationen erklären zu können, warum in den dreißiger Jahren von einem arbeitsamen, vernünftigen und friedliebenden Volk 100 kommunistische und über 200 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete gewählt werden konnten. Wir müssen erklären können, warum auch die deutsche Mitte in der Billigung des Ermächtigungsgesetzes schließlich ihre Zustimmung zur Kanzlerschaft Hitlers gab. Das ist ohne das Elend der Massenarbeitslosigkeit, mit der die demokratischen Parteien nicht fertig geworden waren, nicht zu begründen. Die Dauer und das Ausmaß der Wirtschaftskrise aber waren keine höhere Gewalt, sondern beruhten auf dem Versagen politisch wohlmeinender, aber volkswirtschaftlich unkundiger Männer. Dieses Versagen war in den Motiven wieder zurückzuführen auf das Versagen anderer unkundiger Männer, die als verantwortliche deutsche Politiker die fünfjährige uferlose Inflation betrieben hatten. Inflationsangst und Deflationskrise hatten sich auf unheilvolle Weise miteinander verstrickt. Die deutsche Demokratie ist nicht an Ideologien, sondern an ihren Währungskrisen zugrunde gegangen. Das ist keine tröstende Erkenntnis. Sie ändert und rechtfertigt nichts an den Untaten, die Hitler und der Nationalsozialismus begangen haben, machen es aber verständlich, warum die Mehrheit des deutschen Volkes sich dem Nationalsozialismus untergeordnet hat. Er hatte zunächst für die Massen nicht Blut und Tränen, sondern nach langer Krise Arbeit und Brot gebracht. Die richtige Bewertung des Zusammenhangs der deutschen Wirtschaftskrisen mit der Radikalisierung der Politik dürfte auch Sorgen zerstreuen, wie sie Sebastian Haffner in seinem Aufsatz in der »Zeit« vom 21. Februar 1969 »Hitler als Ver-

fürer« vor einem neuen Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik geäußert hat. Sie sind in der Gegenwart unbegründet. Ein Wahlerfolg einer radikalen Rechtspartei, vergleichbar dem ersten großen Wahlerfolg der NSDAP im Herbst 1930, ist ausgeschlossen, solange wir unser Wirtschaftsleben in Ordnung halten. Die Erkenntnis, daß Brüning für die Bekämpfung der Wirtschaftskrise ein extrem ungeeigneter Reichskanzler war, führt notwendigerweise zu einer anderen Beurteilung Hindenburgs, als sie vielfach üblich geworden ist. Man wirft Hindenburg vor, daß er Brüning als Kanzler entlassen und nacheinander Papen, Schleicher und Hitler zu Reichskanzlern gemacht habe. Wer noch eine Erinnerung an die Jahre vor 1933 hat, weiß, daß Hindenburg nach Herkunft und eigener Einstellung den Nationalsozialismus als Programm und Hitler als Person ablehnte. So dachte auch Hindenburgs Umgebung. Das war den Nationalsozialisten bekannt. Sie sahen in Hindenburg ihren stärksten Widerstand. Die Feindschaft der Nationalsozia-

listen gegen Hindenburg und seinen aus dem Adel und der Generalität stammenden Freundeskreis kam in dem Wahlkampf um die Reichspräsidentenschaft im Frühjahr 1932 unverhohlen zum Ausdruck. Der damals schon vierundachtzigjährige Hindenburg hätte für sich selbst besser gehandelt, eine nochmalige Kandidatur abzulehnen. Dann hätte man sich auf einen anderen zugkräftigen Kandidaten gegen Hitler einigen müssen. Mit einem anderen Gegenkandidaten als Hindenburg hätte Hitler aber aller Voraussicht nach die Wahl gewonnen und es wäre schon im Frühjahr 1932 zur Machtergreifung durch den Nationalsozialismus auf dem Wege über die Reichspräsidentenschaft Hitlers gekommen. Man kann nicht bestreiten, daß Hindenburg die Bürde einer Amtsverlängerung auf sich genommen hat, weil ihm erklärt worden war, daß nur er die Wahl Hitlers verhindern könne. So ist es dann auch gekommen.

Es ist oft von einem Treuebruch Hindenburgs gegenüber Brüning die Rede. Aber durfte nicht auch Hindenburg erwarten, nachdem er sich, den Wünschen der demokratischen Parteien folgend, nochmals als Reichspräsident zur Verfügung gestellt hatte, daß man nunmehr auch ihn von dieser Seite nicht im Stich lassen würde, wenn er zur Überwindung der Krise und doch im-

225

mer noch zur Abwehr der Nationalsozialisten einen Kanzlerwechsel vornahm? Das geschah jedoch nicht. In der jeder politischen Vernunft spottenden Abstimmung im Reichstag vom 12. September, als alle Parteien bis auf das Häuflein der Deutschnationalen in Eintracht mit Nationalsozialisten und Kommunisten gegen den Präsidialkanzler Papen, das heißt gegen Hindenburg, stimmten, ohne eine andere nichtnationalsozialistische Alternative anzubieten, wurde Hindenburg von den demokratischen Parteien im Stich gelassen. Das konnte doch nur die weitere Entscheidung auf einen militärischen Staatsstreich oder ein Kabinett Hitler zutreiben. So sahen es damals auch die Nationalsozialisten, die über das Abstimmungsergebnis frohlockten. In diese Lage wurde Hindenburg von den gleichen Parteien hineinmanövriert, auf deren Wunsch er zum zweiten Mal Reichspräsident geworden war.

Hindenburg war kein Demokrat, aber er war verfassungstreu. So blieb für Hindenburg nach dem Schleicherschen Zwischenkabinett, das ebenfalls von den demokratischen Parteien abgelehnt wurde, als die eine Alternative nur die Außerkraftsetzung des Reichstags, das heißt der Verfassungsbruch. Das lehnte Hindenburg ab, nachdem auch die Führer der demokratischen Parteien, die er angehört hatte, vom Verfassungsbruch abgeraten hatten. Die andere Alternative war die verfassungsmäßige Lösung, das heißt ein Kabinett Hitler, das sich auf die Mehrheit des Reichstags stützen konnte. Ein jüngerer Reichspräsident als

Hindenburg hätte vielleicht trotz allem den militärischen Einsatz gewagt. Wenn wir bedenken, was der Nationalsozialismus angerichtet hat, möchten wir dieser Lösung wenigstens gedanklich eine Realität einräumen. Aber kann man Hindenburg im Nachurteil wirklich vorwerfen, daß er als sehr alter Mann am Ende eines langen an die beschworene Pflicht gebundenen Lebens den offenen Bürgerkrieg scheute, zu dem auch die jüngeren Politiker nicht rieten? Mit der vorsichtigen Zusammensetzung des neuen Kabinetts, in dem neben Hitler zunächst nur zwei Nationalsozialisten vertreten waren, hoffte auch er wie viele andere, Hitler und den Nationalsozialismus zu zähmen, wenn nur erst das Elend der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit überwunden war. Hindenburg war als Reichspräsident ungewollt schon seit

226

1930 durch die Uneinigkeit der Parteien in eine Lage geraten, auf die er nicht vorbereitet war und nach Alter und Herkunft auch gar nicht vorbereitet sein konnte. Brüning hatte ihn in den sechsundzwanzig Monaten seiner Kanzlerschaft 67 Notverordnungen unterschreiben lassen. Der Reichstag konnte die Notverordnungen nachträglich aufheben. Bis dahin waren sie Gesetz und wie ein Gesetz durchzuführen. De facto war schon unter Brüning der Reichstag weitgehend ausgeschaltet und Brüning wie seine Nachfolger Papen und Schleicher ein Präsidialkanzler. Manche Historiker verlegen deshalb das Ende der Weimarer Republik schon in den März 1930, als Reichskanzler Müller durch Brüning abgelöst wurde. Menschlich gesehen war es von den damaligen nicht-radikalen Parteien des Reichstags eine Zumutung, Hindenburg persönlich in der wachsenden Not des Volkes Entscheidungen treffen zu lassen, die in einer parlamentarischen Notgemeinschaft der nichtradikalen Parteien demokratisch hätten getroffen werden müssen. Die unausweichliche Folge der Unfähigkeit der nichtradikalen Reichstagsparteien, sich zu einer gemeinsamen Verantwortung zusammenzufinden, wo es in Deutschland an allen Ecken und Enden brannte, war die Umwandlung der persönlichen Umgebung Hindenburgs in ein nunmehr politisch bedeutungsvolles Gremium. Auch hieraus wird Hindenburg nachträglich ein Vorwurf gemacht und auf den »in der Verfassung nicht vorgesehenen« Sohn Oscar von Hindenburg verwiesen. Doch wohl zu Unrecht. Wenn Hindenburg in seiner Person durch Annahme, Änderung oder Ablehnung der ihm vom Kanzler vorgelegten Notverordnungsentwürfe den Reichstag ersetzen sollte, so war es selbstverständlich, daß er darüber auch mit anderen als mit Brüning selbst zu Rate ging, der insoweit der Gegenpart war. Diese anderen, die Hindenburg brauchte, wenn er sich von den Auswirkungen der Notverordnungen eine eigene Vorstellung machen wollte, konnten nur seine ständige persönliche

Umgebung und sein persönlicher Bekanntenkreis sein. Das waren keine Intrigen, sondern die Zwangsläufigkeit des von den Parteien selbst herbeigeführten Notverordnungsweges.

Eine gewisse Bedeutung für die von Hindenburg zu treffenden Entscheidungen hatte seine persönliche Umgebung natürlich gehabt. Sachlich fand das aber bis 1930 seine Gren-

zen in den Zuständigkeiten der Weimarer Verfassung, die Hindenburg 1925 geschworen und als Reichspräsident auch beachtet hatte. Jetzt waren diese verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Reichspräsidenten durch das Verhalten der demokratischen Parteien, die die Gesetzesinitiative den Notverordnungen des Reichspräsidenten überließen, uferlos erweitert. Bis zur Reichstagswahl im Sommer 1932 hatten die Parteien zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten immer noch die Mehrheit gehabt. Wer sich an diese Jahre erinnert, weiß, daß es gerade die Untätigkeit des Reichstags war, die neben dem Wachsen der Krise den Nationalsozialisten und Kommunisten die Wähler zutrieb. Diese Untätigkeit des Reichstags war für die Nationalsozialisten eines der Hauptthemen ihrer Propaganda. Auch in der Rückbetrachtung bleibt die Apathie der demokratisch gesonnenen Parteien, die den Reichstag im Anblick des wartenden Volkes überflüssig machten, rätselhaft. Der Verfasser erklärt vielleicht nach Ansicht mancher Leser schon zu viel mit der wirtschaftlichen Ratlosigkeit. Aber auch diesen Vorgang kann man nicht anders deuten. Nur das Unvermögen, des zunehmenden Wirtschaftszerfalls und der wachsenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden, und die heimliche Einsicht des einzelnen Reichstagsabgeordneten in dieses Unvermögen geben eine Erklärung dafür, daß die noch immer mögliche parlamentarische Mehrheit nicht zustande kam und statt dessen dem über achtzigjährigen Hindenburg das Kommando für das Staatsschiff überlassen wurde.

Hindenburg hat über zwei Jahre hindurch Brüning sein Vertrauen geschenkt und die vom Kanzler vorgelegten Notverordnungen unterschrieben. Daß der Fortschritt der Krise, das heißt der wirtschaftliche Mißerfolg der von Brüning empfohlenen Notverordnungsmaßnahmen, auch Hindenburg und seinen persönlichen Bekanntenkreis, zu dem auch seine Gutsnachbarn gehörten, tief beeindruckte, war natürlich. Die Verdopplung der Zahl der Arbeitslosen während der Kanzlerschaft Brünings von 3 auf 6 Millionen mit weiteren Millionen Kurzarbeitern machte eine Änderung der Innenpolitik, das heißt eine Abberufung Brünings, der keine Alternativvorschläge kannte, ständig akut. Wenn nicht der wirtschaftlich unerfahrene alte Generalfeldmarschall Hindenburg, sondern ein jün-

Politiker damals Reichspräsident gewesen wäre, hätte Brüning sicherlich schon vor dem Mai 1932 zurücktreten müssen. Jeder Kanzler und Premierminister steht unter dem politischen Gesetz des Erfolges oder Mißerfolges. Brüning war als Kanzler der Krise erfolglos.

Der Verfasser möchte das Buch mit Ausführungen des im Oktober 1968 verstorbenen Professors L. Albert Hahn ¹³⁷ schließen, entnommen aus dessen großem Aufsatz in der Zeitung »Die Zeit« vom 5. April 1963. Hahn³, zugleich überragender Währungswissenschaftler und erfahrener Bankier, war in der Deflationskrise einer der führenden Reformer. Hahn, der seinem Aufsatz die Überschrift gegeben hatte: »Brüning war an allem schuld - Eine falsche Wirtschaftspolitik ebnete den Weg für die Massenverführer« schreibt darin:

»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die tragischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles, was seitdem geschah - Nazirevolution, Krieg, moralische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Statt dessen hat man, die Jüngeren werden sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen kön-

Fußnote Seite 229

137 Professor Dr. Dr. Dr. h. c. L. Albert Hahn wurde am 12. Oktober 1889 in Frankfurt/M. geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Philosophie, erwarb in beiden Fakultäten den Doktorgrad, wurde Assessor und Rechtsanwalt und trat 1919 in den Vorstand der Deutschen Effecten- und Wechselbank in Frankfurt/M. ein, einer Gründung seiner Vorfahren. Im Jahre 1928 wurde Hahn neben seiner weiteren Tätigkeit als praktischer Bankier auf Grund seiner zahlreichen Veröffentlichungen über Themen des Geldwerts und der Konjunkturlehre Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M. Im Jahre 1936 ging Professor Hahn in die Emigration. Durch Gastvorlesungen in New York, später auch in Paris und Zürich, und durch Bücher und Aufsätze, die bis kurz vor seinem Tode erschienen, wurde Professor Hahn als Währungs- und Konjunkturwissenschaftler weltweit anerkannt. Er starb am ^{4.} Oktober 1.968 in Zürich.

nen, die Fortsetzung des Deflationsprozesses nicht nur geduldet, sondern (aus

3 https://de.wikipedia.org/wiki/L._Albert_Hahn

falsch verstandenen Gold- und Wechselkursrücksichten) gewünscht und mit einer prozyklischen Fiskalpolitik gefördert. Eine solche Politik mußte ein hoffnungslos gewordenes Volk in die Arme der Extremen treiben, die ihm die rasche Befreiung von der Pest der Arbeitslosigkeit versprachen - und dieses Versprechen durch Akzeptierung etwas >moderner< Praktiken auch hielten.

Um dies vorwegzunehmen: Keine der damals in Regierung oder Reichsbank verantwortlichen Personen hat das Unheil bewußt herbeigeführt. Auch die unseligen Berater aus >Theorie und Praxis<, die die offizielle Politik stützten, waren gutgläubig, wenn auch manche Industrielle aus Angst vor dem Vorwurf des Inflationismus in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die ihrer mir privat geäußerten Überzeugung widersprachen. Ursächlich für die Deflations- oder wenn man es schonender ausdrücken will, für das Fehlen jeder bewußten Anti-Deflationspolitik, war vielmehr: Einerseits herrschte in den weitesten Kreisen eine völlige Unkenntnis über den Charakter von Wirtschaftskrisen als Deflationskrisen, andererseits ein erstaunlicher Mangel an >judgment<, an abwägendem Urteil darüber, ob der Vermeidung der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Deflationsfolgen oder gewissen formal-juristischen Erwägungen der Vorrang einzuräumen war. Wie unbegreiflich erscheint zum Beispiel heute, daß man eine Abwertung der Mark mit dem Hinweis ablehnte, daß im Young-Plan die Aufrechterhaltung der Goldparität stipuliert worden war. War doch seit der Einführung der Devisenzwangswirtschaft im Juli 1931 von einem Goldstandard überhaupt nicht mehr die Rede und die Mark im Verfolg der Pfundabwertung vom September 1931 gegenüber der zweitwichtigsten Weltwährung - und siebzehn der Pfundabwertung folgenden Nebenwährungen - tatsächlich um etwa 40 Prozent aufgewertet. Wie konnte es geschehen, fragt man sich heute, daß die Industrie, die gegen die letzte fünfprozentige Aufwertung der DM so heftig opponierte, gegen jene Aufwertung der Reichsmark nichts einwandte?

Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens jetzt, nach dreißig Jahren, noch dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts der offiziellen

230

Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war, nicht - das hat wohl die spätere Entwidung bewiesen - weil unsere Argumente falsch waren, sondern weil die Gegner wegen ihrer offiziellen Stellung oder auch nur wegen ihres Alters und angeblich größeren praktischen Erfahrung ein höheres Prestige genossen als wir Jüngeren, die oben-
drein noch vielfach Theoretiker waren. «

231

Es folgt eine Rezension von **Helmut R. Külz** aus der Wochenzeitung *DIE ZEIT* vom 26. Mai 1972, die ich noch in meinem Exemplar des Buches gefunden habe. Es steht auf der Seite 57 der Ausgabe Nr. 21.

Der Weg in die Katastrophe

Gnadenlose Abrechnung mit Brüning

In der Besprechung der Memoiren Brünings wurde an dieser Stelle (ZEIT Nr. 48/70) von der „Hartnäckigkeit, mit der Brüning allein in seiner Deflationspolitik das Heil ... suchte« gesprochen, auch davon, daß sich Brüning den jedenfalls heute in ganz anderer Richtung gesicherten volkswirtschaftlichen Erkenntnissen „eben damals nicht zugänglich zeigte«, auch davon, daß die damals so vernichtende Arbeitslosigkeit „in 'den Memoiren an befremdlich untergeordneter Stelle" steht. Manches war andererseits Brüning zugute gehalten worden. Die Kritik an seiner Geld- und Wirtschaftspolitik muß erheblich schärfer ausfallen, die ihm zuzubilligenden mildernden Umstände müssen erheblich schwächer werden, liest man *Gerhard Ziemer: „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie. Lehren aus dem Scheitern, der 'Weimarer Republik'"; Seewald Verlag, Stuttgart 1971; 256 Seiten, 22,— DM.*

Dies ist ein nicht nur für das Verständnis der Vergangenheit, sondern auch für Gegenwart und Zukunft hochbedeutsames Werk eines Mannes, der seit über dreißig Jahren an führender Stelle des öffentlichen Bankwesens steht. Dem Verfasser ist, dies vorab, die seltene Gabe zu eigen, auch schwierige geld-, währungs- und wirtschaftspolitische Fragen mit wenigen Worten treffend, anschaulich und überzeugend darzustellen, so daß sich sein Werk - gewiß eine beachtliche Ausnahme unseres wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttums - leicht, ja spannend liest, ohne oberflächlich zu sein.

Es ist eine Auseinandersetzung mit den Währungskrisen der Weimarer Republik und insbesondere mit der Deflationspolitik Brünings, mit der er, bei allem Bemühen um Sachlichkeit und Objektivität auch gegenüber der Person Brünings, unbittlich ins Gericht geht. Es bleibt hiernach in der Tat wenig übrig, was zur Entschuldigung von Brünings verfehlter Politik noch gesagt werden könnte, wenn wir auch der Meinung des Verfassers, „es werde sogar immer schwerer, wenigstens Brünings menschlicher Haltung gerecht zu werden", nicht beipflichten können. Im Gegenteil: im Lichte der schonungslosen wissenschaftlichen Kritik Ziemers scheint uns gerade auch die Tragik Brünings - dessen Integrität Ziemer an anderer Stelle betont - nur um so schärfer hervortreten; auch er war eben ein „Mensch mit seinem Widerspruch". Brüning hat an sich gute und redliche Absichten und Ansichten in sparsamer Haushaltsführung im wahrsten Sinne des Wortes zu Tode der Demokratie geritten.

Weniger Tragik ist freilich dem Brüningischen Reichsbankpräsidenten Luther zuzu-

billigen, vormaligem demokratischen Reichskanzler und nachmaligem NS-Botschafter, dessen erhebliche Mitverantwortung an Brüning's geld- und wirtschaftspolitischen Versagen sehr deutlich gemacht wird. Ein guter rheinischer Oberbürgermeister hat eben nur ausnahmsweise das Zeug zum großen Staatsmann oder gar zum Finanzgenie.

Unnachsichtig greift der Verfasser die Legende an, hundert Meter vor dem Ziele sei Brüning durch eine Intrige um die reifen Früchte seiner Arbeit gebracht worden - wiewohl uns hier die Kausalketten doch etwas verwickelter und gemischter zu sein scheinen, als sie der Verfasser anscheinend gelten lassen will. Unwiderleglich aber zerstört Ziemer die Legende, daß erst die Wiederaufrüstung unter Hitler die Arbeitslosigkeit beseitigt habe. Hjalmar Schacht werden dabei - mit sichtlichem Widerstreben und auch nicht ohne Einschränkungen - immerhin manche richtigen geld- und wirtschaftspolitischen Entschlüsse zugeschrieben, zu denen Ziemer auch die Ausgabe der vielfach so verschrien „Mefo-Wechsel“ zu rechnen scheint.

Oberhaupt macht es einen besonderen Reiz dieses Buches aus, daß die über jeden Zweifel erhabene demokratische Grundhaltung des Verfassers ihn nicht blind gegen die Erkenntnis macht, daß die Weimarer Demokraten der letzten Stunde wirtschaftspolitisch miserable Musikanten waren. Nicht viel besser übrigens schneiden fast alle Memoirenschreiber aus der Weimarer Zeit ab, die sonst noch auf den Plan getreten sind. Ihnen lastet der Verfasser wohl mit Recht an, daß sie sich nicht einmal nachträglich zu richtigere(n) Einsichten über die damals gemachten Fehler verstehen, wobei Theodor Heuss und Ernst Lemmer nicht ausgenommen werden.

Um so mehr sollten wir uns mit Ziemer die Namen derer merken, die schon damals die besseren Erkenntnisse kundgaben - wie etwa Silvio Gesell, der zwar, als Erfinder des etwas skurrilen „Schwundgeldes“, allgemein als Außenseiter ohne sonderliches Gewicht angesehen wurde, aber gegen die falsche Deflationspolitik Brüning's durchaus vernünftige Einwände vorgebracht hat - wie etwa der Linksliberale Leopold Schwarzschild, aus dessen „Tagebuch“ der Verfasser damalige Aufsätze zitiert, die von verblüffender Klarsicht zeugen - wie etwa und vor allem Professor L. Albert Hahn, der „zugleich überragende Währungswissenschaftler und erfahrene Bankier“, der schon Anfang April 1963 in der ZEIT ausführlich zu Worte gekommen ist und dessen bewegende und verzweifelte Klage über die Uneinsichtigkeiten der führenden Weimarer Politiker in jenen Jahren an den Schluß dieses Buches gesetzt wurden.

Eines unmittelbaren Kommentars zur heutigen Geld- und Wirtschaftspolitik enthält sich der Verfasser; sein Kapitel „Probleme der Geldentwertung in der Gegenwart“ ist verhältnismäßig kurz. Aber wenn er darauf hinweist, daß schon die

„gute alte Zeit« zwischen 1890 und 1914 durch erhebliche Steigerungen der Preise und des Lebenshaltungsindex gekennzeichnet war - diese Behauptung wird durch Statistiken im Anhang bündig untermauert -, wenn er sich wiederholt zu den Lehren von Keynes bekennt, auf den Brüning so wenig hören wollte, und wenn er auch Karl Schiller anführt, der für die Brüning/Luthersche Geld- und Wirtschaftspolitik „wohl nur ein mitleidiges Lächeln“ übrig haben würde, so ist unschwer zu erkennen, daß er unsere derzeitige Geld- und Wirtschaftspolitik mit ihrer wohlabgewogenen Dämpfung unerwünschter Cberkonjunktur und der Erhaltung und Förderung einer gesunden Vollbeschäftigungskonjunktur für richtig, ja wohl für die allein mögliche und richtige Politik hält.

((ZWISCHENBEMERKUNG: Ich wollte es mit diesen zwei Quellen aus und zu Ziemers Buch be-
wenden lassen. Dann fielen mir aber eine zweidrittel Seite lange Fußnote auf der Seite 150 zu
den ...„Reformern in den Kreisen der Silvio-Gesell-Anhänger“ ... wieder ein. Zudem erinnerte ich
mich, dass ich bei der Zusammenstellung des Anhangs 182.9 (freiwirtschaftlicher Verleger) auf-
Zitzmanns auf dieses Buch gelesen habe.

Meine Überprüfung im Netz ergab dann, dass das Buch wahrscheinlich nur noch antiquarisch zu
haben ist. Da Gerhard Ziemer die Wirkungen der verfehlten Währungspolitik beschreibt und der In-
halt für weitere Interessenten des Themas von Interesse ist, habe ich mich entschlossen noch einige
Kapitel zu scannen. Ich vermute, dass das im Sinne des Verfassers wäre, wenn er noch leben wür-
de.

Dass Ziemer als Autor die Freiwirtschaft in einer großen Fußnote verbannte, deute ich so: Ziemer
hätte vermutlich keinen Verleger gefunden, wenn erkennbar sein Werk ein freiwirtschaftliches ge-
worden wäre. Er konnte aber als ehrlicher und wissenschaftlicher Mensch diese Ökonomieschule
und ihr Wirken nicht verschweigen. Das gilt auch, wenn er für die Würdigung einen anderen Autor
vorschub.

Für das Schlusskapitel – oben – habe ich ein Texterkennungsprogramm genutzt. Es macht zu viel
Arbeit, weil die markierten Kommas, die zur Zeilentrennung dienen, im Text stehen und sich nur
mühsam entfernen lassen. Für die folgenden Kapitel nutze ich das Programm „Durchsuchbares
PDF-Dokument“, so das die Seiten wie im Original erscheinen und nur in der Größe Abweichungen
aufweisen können. Zudem brachte mir die Nutzung des Scan-Programms an meine Leistungsgren-
ze. Die mit Bleistift eingefügten Zahlenreihen haben nicht wirklich geholfen. Ich konnte sie nach-
träglich aber auch nicht löschen. TA))

Nächster Abschnitt:

Die Zerstörung der Weimarer Republik durch die Währungskrisen



Foto: I. v. Wersebe-Hogrefe

Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Finanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessorexamen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschaftssyndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.

Bild und Lebensdaten vom Verfasser Gerhard Zimmer, im Text 182.6 Teil I

nachgereicht.

Quelle: Rückseite des Einbandes des Buches

Inflation und Deflation

zerstören die Demokratie.